

Abg. Dr. Dietrich erklärte, der vorliegende Antrag sei im Zusammenhang mit den Vorschlägen seiner Fraktion zum Doppelhaushalt 2015/2016 zu sehen. Seine Fraktion habe unter anderem beantragt, in den Kreishaushalt ein Kostenstrukturprojekt mit einem Einsparziel von 20 Mio. € aufzunehmen. Diese Einsparung sei erforderlich, wenn man eine stärkere finanzielle Handlungsfähigkeit für den Rhein-Sieg-Kreis erreichen wolle. Hiervon betroffen seien auch freiwillige Leistungen. Bei der Frage, wo Sparmaßnahmen angesetzt werden müssten, seien Prioritäten festzulegen. Seine Fraktion habe sich dabei an folgende Kriterien orientiert:

- hat das Thema eine klar definierte Aufgabenstellung,
- ist ein messbares Ziel definiert und
- gibt es eine transparente Kosten-Nutzen-Betrachtung?

All diese Kriterien seien beim Kommunalen Integrationszentrum (KI) nicht im notwendigen Maße erfüllt. Zudem betrachte er die längerfristige Finanzierung des KI als Haushaltsrisiko für den Rhein-Sieg-Kreis, da hohe Folgekosten zu erwarten seien. Aus diesen Gründen könne die Fortführung der Aktivitäten des KI nicht befürwortet werden.

Ltd. KVD Allroggen entgegnete, Die Förderung des KI durch das Land NRW sei zwar zunächst auf drei Jahre befristet, Fachleute gingen aber von einer durchgängigen Finanzierung durch Landesmittel aus, weil schon die Vorläufer des Projektes, die RAK, seit ca. 20 Jahren vom Land gefördert würden. Gestützt werde diese Annahme durch die aktuelle Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, welches für die nächsten Jahre einen deutlichen Anstieg von Zuwanderung voraussage. Zwar hätten die Bürgermeister sich in der Vergangenheit sehr deutlich und vehement gegen das KI ausgesprochen, zum Teil seien sie aber inzwischen an den Kreis mit der Bitte um Unterstützung herangetreten. Bei diesen Treffen sei beispielsweise schnelle Vermittlung von Flüchtlingen in Arbeit/Beschäftigung erörtert worden. Unterstützung sei allerdings nur durch Strukturen, die der Kreis anbieten oder koordinieren könne (Arbeitsagentur, Jobcenter, IHK und Kreishandwerkerschaft), möglich. In diesem Zusammenhang sei es nicht denkbar, dass diese Institutionen 19-mal die einzelnen Kommunen bedienten.

Darüber hinaus zeigte Ltd. KVD Allroggen auf, dass Unterstützungen des Landes NRW in Bezug auf Zuwanderung zunehmend über die KI abgewickelt würden. Wer es versäume, ein KI einzurichten, werde diese Unterstützung dann nicht voll nutzen können.